

Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

von

Armin Kammrad, geb. 20.07.1950, Wellenburger Str.16, 86199 Augsburg

07.06.2004

Betrifft: Pet 1-15-14-5800-018817 (Bündnispolitik) –
Stellungnahme Auswärtiges Amt (Referat GF10 300.00), 28.05.2004 (Knoblauch)

Sehr geehrte Martina Swanson,

vielen Dank für die Zusendung der Stellungnahme des Auswärtigen Amtes zu meiner Kritik an der Haltung der Bundesregierung zum Terror. Besonders an Betrachtung des brutalen israelischen Vorgehens gegen palästinensische Zivilisten vor einigen Wochen und der nicht abnehmenden Informationen um die abscheulichen Quälereien von unschuldigen Menschen durch die USA unter der Bush-Regierung, halte ich meinen Widerspruch für ein Gebot der Achtung menschlicher Würde.

Zu der Stellungnahme des Auswärtigen Amtes, erwidere ich Folgendes:

Sehr geehrter Herr (Frau?) Knoblauch,

Sie behaupten, dass bezüglich „der Lage in Guantánamo Bay (...) die Bundesregierung ihre Bedenken sowohl bezüglich der Art und Weise, wie die Personen in Guantánamo festgehalten werden, als auch hinsichtlich der Verfahren vor Militärgerichte zum Ausdruck gebracht (hat). Nach Haltung der Bundesregierung müssen die Genfer Konventionen voll angewendet werden...“ (S.3)

Zu dem Besuch von Bundeskanzler Schröder Ende Januar 2002 teilte SPIEGEL-Online mit:
„Bundeskanzler Gerhard Schröder hält die Haftbedingungen für die mutmaßlichen al-Qaida-Kämpfer auf dem kubanischen US-Stützpunkt Guantanamo Bay für rechtmäßig. Er habe „keinen Anlass zu zweifeln“, dass die von den Vereinigten Staaten dort internierten Verdächtigen „im Einklang mit der amerikanischen Verfassung und internationalem Recht behandelt werden“, sagte der Kanzler in Washington.“ (31.01.2002).

Wie wenig sich hier der Bundeskanzler geändert hat zeigt das G8-Treffen zurzeit. Während die Enthüllung über die Brutalitäten der Bush-Regierung nicht abreißen, sucht Herr Schröder freundschaftliche Beziehung zu Kriegsverbrechern. Ein klarer Verstoß gegen Art. 25 GG. Brutal werden von Israel Kinder und alte Menschen abgeknallt; in Afghanistan, auf Mauritius und selbst im eigenen Land werden von der Bush-Regierung Menschen gefoltert, gedemütigt und ermordet. Sicher, tun dies nicht nur die Sharon- und die Bush-Regierung. Doch diesen Terror macht die Bundesregierung zum Bündnispartner. Sie schreiben *„Die Bundesregierung plant keine Maßnahmen, die Terrorismus fördern“*. Warum unterstützt Sie dann den Terrorismus der Bush-Regierung? Warum schont sie den israelischen Terrorismus? Die Ermordeten werden es Ihnen danken....

Mit freundlichen Grüßen

(Armin Kammrad)